



Bundesministerium für Verkehr  
Innovation und Technologie  
Postfach 201  
1000 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)  
erreichbar mit der Linie D

Ihr Zeichen      Unser Zeichen      Bearbeiter/in      Tel **501 65** Fax **501 65** Datum  
BMVIT-630.070 WP-GSt/Gr/Jo Mathias Grandosek DW 12389 DW 142389 25.03.2019  
070/0002-III/  
Stabst.IKI/2019

## Konsultation Breitbandstrategie 2030

Die Bundesarbeitskammer bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs zur Breitbandstrategie 2030 und nimmt wie folgt Stellung:

Die Breitbandstrategie 2030 beinhaltet verschiedene Maßnahmen, die zu einem rascheren Ausbau von Infrastruktur beitragen können.

Die Bundesarbeitskammer unterstützt alle Anstrengungen, um den notwendigen Ausbau voranzutreiben. Entscheidend ist dabei allerdings, dass es gelingt, möglichst rasch Versorgungslücken zu schließen und insbesondere im ländlichen Raum Kapazitäten für eine hochqualitative, bedarfsgerechte und leistbare Versorgung für alle bereitzustellen, wobei der Glasfaserausbau langfristig natürlich dabei eine zentrale Stellung einnehmen muss, der aber auch durch andere Technologien (insbesondere auf der „letzten Meile“) ergänzt wird, die eine gute Breitbandversorgung bei den EndnutzerInnen kurzfristig sicherstellen können. Fördermaßnahmen sollten sich dabei vor allem auf Bereiche konzentrieren, die unter rein wettbewerblichen Bedingungen nicht oder zu langsam ausgebaut werden, um ineffiziente Mitnahmeeffekte hintanzuhalten. Wir begrüßen deshalb auch die Anstrengungen, die Transparenz und Information durch eine genauere Erhebung und das Monitoring von Infrastrukturdaten zu erhöhen und somit den Bedarf und die Entwicklung besser erfassen zu können.

Wir möchten aber auch einige Punkte aufgreifen, die in der Breitbandstrategie stärker Platz finden sollten: Wichtig wären etwa auch zusätzliche Konzepte, die sich mit dem Versorgungsbedarf von jenen Bereichen beschäftigen, die vielleicht weniger Wohnbevölkerung aufweisen, die aber aufgrund einer hohen Anzahl von Menschen, die sich temporär dort aufhalten, ebenso einer guten Versorgung bedürfen (z.B. touristische Gebiete, Verkehrswege etc.).

Maßnahmen auf der Nachfrageseite sollten sich nicht nur auf die Nachfrage nach Gigabit-Anschlüssen beziehen, sondern insbesondere auch die Nachfrangelücke nach schnelleren aber leistbaren Anschlüssen in unteren Bandbreiten im Auge behalten.

Neben den notwendigen legislativen und organisatorischen Begleitmaßnahmen, die einen raschen Ausbau erleichtern, wäre es zudem wünschenswert, eine genauere Abschätzung über den finanziellen Förderbedarf des Bundes zu treffen.

Zum Inhalt des Konsultationsentwurfes im Detail:

Mit dem vorliegenden Entwurf wird auf der bisher bestehenden Breitbandstrategie 2020 aufgebaut und zusätzlich sollen die Rahmenbedingungen für den österreichischen Weg in die Gigabit-Gesellschaft formuliert werden. Außerdem sollen die für die Zielerreichung notwendigen privaten und öffentlichen Investitionen ermöglicht und bestmöglich koordiniert werden.

Die Bundesarbeitskammer erachtet eine österreichische Strategie zum landesweiten Ausbau und zur Versorgung der Bevölkerung mit hochqualitativen und leistbaren Breitbandanschlüssen als sehr wichtig und begrüßt daher Maßnahmen, die dazu beitragen, diese Ziele rasch zu erreichen.

Die Breitbandstrategie 2020 und die bisherigen Fördermaßnahmen aus der Breitbandmilliarde haben bereits dazu beigetragen, die Versorgung zu verbessern. Dennoch gibt es insbesondere in ländlichen Gebieten weiterhin einen Aufholbedarf. Moderne Mobilfunktechnologien - wie 5G - können hier bei der Anbindung einen wichtigen Beitrag leisten. Dies allerdings nur, wenn auch die dahinterliegende Infrastruktur in der Lage ist, ausreichende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Die Betonung des Glasfaserausbaus in der vorliegenden Breitbandstrategie 2030 halten wir deshalb für einen Schritt in die richtige Richtung.

Langfristig sollte es zweifellos ein Ziel sein, eine Glasfaserinfrastruktur bis zu den Gebäuden verfügbar zu machen. Wir möchten allerdings anmerken, dass die vielfach angestellten internationalen Vergleiche, die Österreich ein schlechtes Zeugnis bei Glasfaseranschlüssen ausstellen, nur ein eingeschränktes Bild über die tatsächliche Lage Österreichs zulassen, da die Entwicklung in verschiedenen Ländern oft schwer vergleichbar ist. So ist etwa die oft kritisierte unterdurchschnittliche Anbindung von Endkunden mit Glasfaserleitungen oft eine Folge davon, dass in Österreich die Versorgung und Nutzung von Breitband mit anderen Technologien, insbesondere Mobilfunk, überdurchschnittlich ist. Es ist also weniger die Technologie als solche für NutzerInnen entscheidend, sondern der Wunsch nach einer stabilen, qualitativen, bedarfsgerechten und leistbaren Breitbandverbindung.

Deshalb ist es für eine erfolgreiche Breitbandstrategie weniger relevant, ob viele Haushalte kurzfristig einen Glasfaseranschluss bekommen (können), sondern vielmehr, wie man es rasch schafft, hohe Bandbreiten für alle in kurzer Zeit verfügbar zu machen.

Insofern stimmen wir mit der Breitbandstrategie 2030 überein, dass zwar „mittel- bis langfristig die Versorgung mit Glasfaserinfrastruktur möglichst nahe zu jedem Gebäude (FTTP) notwendig sein wird“, dass sich aber für die letzte Meile auch Technologien wie 5G und DOCSIS 3.0 anbieten, um rasch die Verfügbarkeit von zeitgemäßen Anbindungen sicher zu stellen.

Nichts desto trotz ist natürlich auch für diese Technologien ein Ausbau der Glasfasernetze unabdingbar, um etwa 5G Antennen ausreichend zu versorgen. Deshalb sind auch jene Ausbauprojekte vorrangig zu forcieren, die in Gebieten stattfinden, die mit grundlegenden Kapazitäts- und Infrastrukturengpässen zu kämpfen haben. Dort ist es besonders entscheidend, Glasfaserinfrastruktur hinzuleiten, um den Einsatz von 5G und anderen Technologien erst zu ermöglichen.

Die Maßnahmen zu einer besseren Dokumentation der Versorgung, zur Messung der Qualität und der Koordinierung allfälliger Bauvorhaben, etwa durch die Weiterentwicklung der Zentralen Informationsstelle für Infrastrukturen und des RTR-Netztests, sind zu begrüßen. Insbesondere der Netztest ist dabei ein wichtiges Instrument, um einerseits Daten über die Versorgung sichtbar zu machen, aber auch andererseits, um KonsumentInnen die Möglichkeit zu geben, ihre Anbindung betreiberunabhängig und transparent zu prüfen, denn in der Realität klafft oftmals eine Lücke, zwischen den Werbeversprechen der BetreiberInnen und den tatsächlich erzielbaren Bandbreiten.

Nachfrageseitige Maßnahmen:

Ein zentraler Punkt für die zukünftige Entwicklung ist sicherlich die Nachfrageseite. In Österreich zeigt sich, dass es oft weniger an der Verfügbarkeit selbst liegt, als vielmehr an einer mangelnden Nachfrage nach Anschlüssen mit höheren Bandbreiten. Es sei zwar dahingestellt, inwieweit Anschlüsse jenseits von 100Mbit für den üblichen Bedarf eines Haushaltes tatsächlich von Relevanz sind (bzw. in absehbarer Zeit sein werden), dennoch hängt es natürlich für InfrastrukturbetreiberInnen davon ab, wie sich die Nachfrage entwickelt, wenn sie in Infrastruktur investieren wollen. Deshalb sind Maßnahmen, die auch die Nachfrageseite ansprechen, zu begrüßen.

In der Breitbandstrategie 2030 ist allerdings in Punkt 6.3 (Fördermaßnahmen) nur von der „Erarbeitung von Modellen zur Stärkung der Nachfrage nach Gigabit-Anschlüssen“ die Rede. Wir weisen darauf hin, dass die Nachfrage nach Gigabit-Anschlüssen auf absehbare Zeit überschaubar bleiben wird und nur für einen kleinen Teil der NutzerInnen tatsächlich eine Notwendigkeit darstellt. Ein Gigabit-Anschluss macht im privaten Bereich nur in ganz wenigen Fällen Sinn und selbst bei Unternehmen bedarf es einer gewissen Größe bzw. spezieller Geschäftsmodelle, um wirklich Bedarf an solchen Bandbreiten zu haben. In Österreich haben wir derzeit eher in unteren Bandbreiten eine Nachfragerücklage, weil es viele als ausreichend empfinden, langsamere, aber dafür günstigere Bandbreiten zu nutzen. Es gibt dabei oft wenig Anreize auf teurere Tarifmodelle umzusteigen. Gerade hier wäre es aber notwendig ebenfalls anzusetzen, um die Nachfrage insgesamt zu erhöhen und damit BetreiberInnen Investitionsanreize für den Ausbau zu bieten.

Dabei sind nicht nur finanzielle Anreize relevant, welche die Nutzung für alle erschwinglich machen, sondern ebenso begleitende Maßnahmen im Bildungsbereich oder Maßnahmen, die den Informationsaustausch, die Transparenz und die Partizipation bei Ausbauprojekten erhöhen.

**Weiterer Förderbedarf:**

Das Breitbandbüro geht in der Breitbandstrategie von einem Investitionsvolumen von zehn bis zwölf Mrd. Euro aus. Neben den begleitenden legislativen und organisatorischen Maßnahmen werden daher wohl auch in den kommenden Jahren finanzielle Mittel notwendig sein, um den Ausbau gerade in jenen Gebieten zu beschleunigen, die ansonsten nicht, oder zu langsam ausgebaut werden. Die derzeitigen Fördermaßnahmen, aufgrund der Breitbandmilliarde, haben dazu schon einen wichtigen Teil beigetragen. Doch auch in Zukunft wird man nicht umhinkönnen, weiterhin Budgetmittel dafür einzusetzen, zielgerichtete Förderungen zu vergeben. Leider fehlen dazu in der Breitbandstrategie Abschätzungen. Hier wäre auch ein klares Bekenntnis der Politik wünschenswert, inwieweit und in welchem Ausmaß dafür Mittel bereitgestellt werden sollen.

Renate Anderl  
Präsidentin  
F.d.R.d.A.

Maria Kubitschek  
i.V. des Direktors  
F.d.R.d.A.